

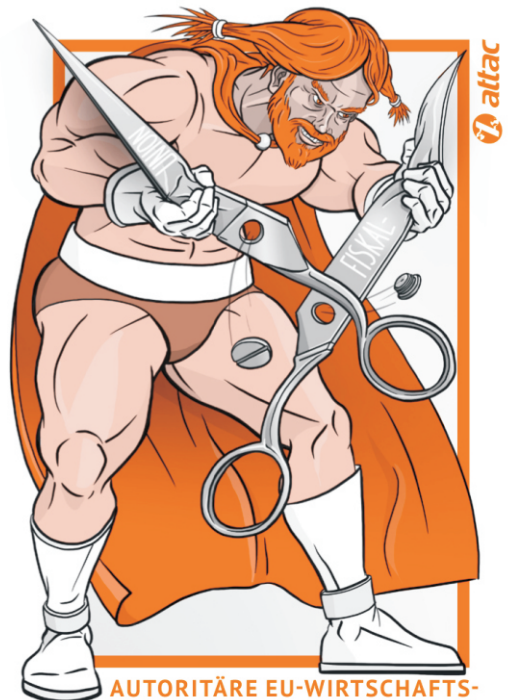
Fiskal- und Wirtschaftsunion – ein Angriff auf Demokratie und soziale Rechte in Europa!

Fiskalpakt, ESM, Six-Pack, Two-Pack - unter dem Eindruck der Krise konnten die Mächtigen Europas zahlreiche kaum durchschaubare Reformpakete im Eiltempo durchsetzen. Die Logik dahinter ist immer die gleiche: Durch Sozialabbau und Privatisierung sollen die Schulden reduziert werden, Lohnsenkungen und Arbeitsmarktderegulierung sollen die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Die Folge: Eine tiefe Rezession, die die wirtschaftliche Krise immer weiter verschärft. Insbesondere in Südeuropa diktiert die Troika aus EZB, EU-Kommission und IWF in so genannten Memoranden ein Kürzungspaket nach dem anderen. Die Folge ist eine schwere soziale Krise. Massenarbeitslosigkeit und -armut, Obdachlosigkeit und rasant steigende Kriminalitäts- und Selbstmordraten gehören wieder zum europäischen Alltag. Und „ganz nebenbei“ wird die Demokratie ausgehöhlt: Insbesondere hoch verschuldete Länder werden gezwungen, elementare Souveränitätsrechte ihrer Parlamente an die EU abzutreten. Die Technokraten der EU-Kommission und der EZB gewinnen dadurch erheblich an Macht.

Kann es noch schlimmer kommen, nachdem durch all die Reformpakete eine neoliberale, anti-demokratische Krisenpolitik festgeschrieben wurde? Ja, es kann. Im Europäischen Rat wird zur Zeit über die Einführung einer Fiskal- und Wirtschaftsunion beraten, die das Kürzungsdiktat, wie es Griechenland, Spanien und Portugal durchleben, europaweit institutionalisieren soll. Oder wie es Kommissionspräsident Barroso formuliert: Das, was hier passiert, ist eine stille Revolution.

Was bedeutet die Wirtschafts- und Fiskalunion?

- Alle Eurozonen-Länder sollen Verträge mit der EU-Kommission abschließen, in denen sie sich zu so genannten „Strukturreformen“ verpflichten.



**AUTORITÄRE EU-WIRTSCHAFTS-
REGIERUNG STOPPEN!**

- Ein gemeinsames Budget der Euroländer soll geschaffen werden um „strukturelle Schwächen“ zu beseitigen.
- Die Haushaltsüberwachung soll strenger werden, zum Beispiel durch ein Veto-Recht des Währungskommissars gegen nationale Haushalte.

Werden diese Maßnahmen umgesetzt, dann wird der Druck auf Löhne und Sozialleistungen dauerhaft zementiert, weil neoliberale Reformen per Vertrag umgesetzt werden müssen. Denn mit „Strukturreformen“ und der Beseitigung „struktureller Schwächen“ ist nichts anderes gemeint als Sozialabbau, Lohnzurückhaltung, Abbau des öffentlichen Sektors, Deregulierung und Privatisierung. Wie die sozialen Rechte steht auch die Demokratie unter Beschuss: Für die demokratische Kontrolle eines möglichen Eurozonen-Budgets gibt es bislang kein tragfähiges Modell. Und ein Veto-Recht des Währungskommissars gegen von den Parlamenten beschlossene Haushalte würde die Volksvertretung zum Polittheater degradieren.

Widerstand jetzt!

Noch ist es nicht zu spät, diese Fiskal- und Wirtschaftsunion aufzuhalten! Der Prozess steht noch ganz am Anfang. In vielen Ländern Europas formiert sich Widerstand; zum März-Gipfel wird ein europaweiter Aktionstag stattfinden. Die europäische Kürzungspolitik kann die Krise nicht überwinden. Sie dient ausschließlich dazu, die Kosten nach unten umzuverteilen und ein Europa der Banken, Konzerne und Superreichen gegen die Interessen der Menschen zu schaffen.

Wir fordern einen Stopp der neoliberalen Fiskal- und Wirtschaftsunion!

Wir fordern außerdem die Rücknahme sämtlicher Kürzungsmaßnahmen der vergangenen Jahre, die Streichung aller illegalen und illegitimen Schulden, eine strenge Regulierung und Besteuerung der Finanzmärkte sowie eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe. Zudem ist eine konsequente Demokratisierung der EU ebenso erforderlich wie die umfassende Beteiligung des Europäischen Parlaments an allen legislativen Prozessen der EU.



Mehr Infos gibt es im Netz unter www.attac.de/wirtschaftsunion